

# PLENUM 2020



## In dieser Ausgabe:

**THEMA DER WOCHE:**

Anschub für die Wirtschaft

**CARSTEN TRÄGER:**

Ernährungsindustrie: Missstände nicht akzeptabel

**GABRIELA HEINRICH:**

Eine ehrliche Debatte über die Nukleare Teilhabe

**MARTINA STAMM-FIBICH:**

Trotz Widerstand der Union – Die Grundrente kommt

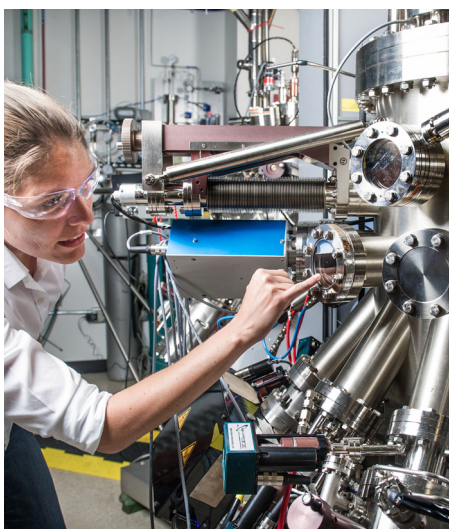
## Innovativ, gerecht, ökologisch: Anschub für die Wirtschaft

Die Infektionszahlen gehen zurück, die Reproduktionsrate bleibt niedrig. Mit gezielten Maßnahmen müssen wir jetzt unsere Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Wir brauchen ein großes Konjunktur- und Transformationsprogramm.

Die Einschränkungen der letzten Wochen waren ein harter Schlag für unsere Wirtschaft. Jetzt müssen wir die Lockerungen mit zielgenauen Konjunkturmaßnahmen begleiten. Pauschale Steuersenkungen für Unternehmen ohne gezielte Lenkungswirkung und die Absenkung von Standards im Klimaschutz oder bei der Mitwirkung lehnen wir ab. Wir brauchen stattdessen ein kraftvolles Konjunkturprogramm, das Arbeit, Wirtschaft, Klimaschutz und Innovation verbindet und gleichzeitig einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leistet. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um uns für die Zukunft fit zu machen!

Die Bewältigung des Klimawandels ist eines der wichtigsten Wettbewerbsfelder für deutsche Unternehmen. Wir haben die Chance, in den kommenden Jahren die Technologien für klimaneutrales Wirtschaften zu liefern. Wichtiger als eine Abwrackprämie, die Technologien aus dem letzten Jahrhundert fördert, ist es, den Absatz für klimafreundliche Fahrzeuge zu fördern – zum Beispiel über ein breites Flottenaustauschprogramm für Handwerker, soziale Dienste und kommunale Fuhrparks.

Dekarbonisierung und Digitalisierung müssen einen besonderen Stellenwert im Konjunkturprogramm einnehmen.



Wir müssen den Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich forcieren und aktuelle Ausbau-Hemmnisse wie den Solardeckel schnellstmöglich beseitigen. Die Produktion von grünem Wasserstoff in Deutschland muss massiv ausgeweitet werden – auf eine Leistung von mindestens zehn Gigawatt. Wasserstoff leistet nicht nur einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele, sondern auch zur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir bekennen uns zur Kreislaufwirtschaft – in einer Welt, in der Ressourcen knapp werden, müssen wir konsequent recyceln und die Produkte möglichst langlebig herstellen.

Mit einer mutigen Investitions- und Innovationsoffensive können wir

unsere Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit im Digitalbereich sichern. Ein Konjunkturimpuls muss in diesem Bereich vor allem die Unterstützung bei der Künstlichen Intelligenz und beim Mobilfunk ausbauen. Das Konjunkturpaket muss die Innovationskraft kleinerer und mittlerer Unternehmen stärken.

Auf den Innovationsfeldern der Zukunft werden die Grenzen zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungen zunehmend durchlässiger. Deshalb muss das Konjunkturpaket die dezentrale Innovationskraft kleinerer und mittlerer Unternehmen stärken. Wir müssen vermeiden, dass nach der Krise eine Oligopol-Struktur weniger großer, staatsgestützter Unternehmen übrigbleibt. Wir müssen verstärkt in aufstrebende Unternehmen investieren, zum Beispiel mit einem Innovationsfonds für die Startup-Szene in Deutschland, der Digitalisierung und Klimaschutz verbindet.

Ein Schutzschirm muss den Kommunen bei der Krisenbewältigung finanziell helfen, gerade auch den strukturschwächsten. Sie müssen in die Lage versetzt werden, in die Zukunft, den ökologischen Stadtumbau, Infrastruktur und die Modernisierung von Bus und Bahn zu investieren.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)



# Ernährungsindustrie: Missstände nicht akzeptabel

Die aktuellen Zustände in der Fleischindustrie führen immer wieder zu Corona-Hotspots mit hohen Infektionszahlen unter den Beschäftigten. Das Geschäftsmodell muss sich massiv ändern.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, die dürftige Unterbringung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die mangelnde Einhaltung von Hygienestandards in der Ernährungswirtschaft sind schon lange ein Problem. Jetzt in der Corona-Krise werden sie wie unter einem Brennglas sichtbar – und durch das lebensbedrohliche Virus akut! Die Zustände sind nicht länger hinnehmbar.

SPD und Gewerkschaften mahnen die dringend nötigen Veränderungen schon lange an. Jetzt zeigen sich die Konsequenzen der Verhinderungspolitik von Union und Lobby: Undurchsichtige Werkvertragsstrukturen und Vermietungsgeflechte in Sammelunterkünften machen Kontrollen fast unmöglich. Kein Tag vergeht ohne neue Infektionen in der Fleischindustrie – auch in Bayern.

## Werkverträge und Subunternehmertum einschränken

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat ein überzeugendes Konzept vorgelegt, hinter dem auch die SPD-Bundestagsfraktion steht. Wir brauchen klare Strukturen, wer die Verantwortung für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trägt – und daneben auch für faire Löhne, ordentliche Arbeitsbedingungen und würdige Unterbringung. Es darf nicht länger einen Vertragsdschun-



**Carsten Träger ist Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil kämpft er für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in der Fleisch- und Ernährungsindustrie.**  
*Foto: SPD/Susanne Knoll*

gel geben, in dem sich Leiharbeitsfirmen gegenseitig die Verantwortung hin- und herschieben. Die Einschränkung von Werkverträgen und die Begrenzung des Subunternehmertums in der Branche ist überfällig. Hygienevorgaben und Arbeitsschutz, aber auch die Einhaltung von Arbeitszeiten müssen in Zukunft wirksam kontrolliert und wo nötig hart sanktioniert werden.

## Belegung der Unterkünfte massiv reduzieren

Es gibt einen Zusammenhang von Unterbringung der Beschäftigten in Sammelunterkünften und der starken Ausbreitung des Corona-Virus in der Fleischbranche – das ist unbestritten. Die massive Reduzierung der Belegung in den Unterkünften ist deshalb für den Gesundheits-

schutz und für die Pandemiebekämpfung essentiell. Zwei Personen pro Wohneinheit maximal – das muss der Standard sein.

Die Maßnahmen müssen auch für die Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft gelten, wo Ähnliches droht wie jetzt bei der Fleischverarbeitung. Die Betriebe in den entsprechenden Branchen sollten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer regelmäßig und auf eigene Kosten auf COVID-19 testen – die möglichen Folgen von spät oder nicht erkannten Infektionsherden sind schließlich immens für die gesamte betroffene Region. CDU und CSU müssen sich im Interesse der Menschen jetzt endlich bewegen. Die Blockade der Vorschläge ist angesichts der großen Gesundheitsrisiken niemandem zu erklären.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Eine ehrliche Debatte über die Nukleare Teilhabe

Das Ziel der SPD bleibt der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Was wir brauchen, ist eine neue Initiative für europäische und weltweite Abrüstung.

**Ganz ehrlich – wenn ich drei Wünsche freihätte, wäre einer davon, dass es keine Kriege und Waffen mehr auf der Welt gibt (die anderen Wünsche verrate ich nicht). Die Realität sieht leider anders aus, mein Wunsch ist nur eine schöne Vision.**

Das Ziel der SPD bleibt auch 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges: Abzug aller in Deutschland stationierten Atomwaffen – im Rahmen einer gesamteuropäischen Abrüstungsinitiative. Die weltweite Bereitschaft für Abrüstung wird aber leider eher kleiner als größer. 2019 haben die USA und Russland den INF-Vertrag gekündigt, so dass aktuell nur noch der New-Start-Vertrag strategische Atomwaffen der beiden Länder begrenzt. Und selbst der wackelt, weil er demnächst verlängert werden müsste.

Was wir brauchen, ist eine ganz neue Initiative für europäische und weltweite Abrüstung. Die Debatte über Nuklearwaffen müssen wir führen – die SPD – wer denn sonst? Es stehen Fragen an wie: Ist das Konzept atomarer Abschreckung heute noch relevant? Haben wir Antworten auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen und Gefahren wie Terror, Cyberkriminalität, Zerstörung von Infrastruktur oder – wie jetzt Pandemien? Zusammen mit Rolf Mützenich möchte ich

diese Sichtweise voranbringen – im Parlament, in der Bundesregierung, in der öffentlichen Debatte. Mit unseren europäischen NATO-Partnern.

***"Wir brauchen neue Impulse für Abrüstung und eine Debatte über die Nukleare Teilhabe."***

## Debatte über Nukleare Teilhabe Deutschlands

Die SPD hat es geschafft, eine Debatte über ein ganz wichtiges Thema anzufangen: Die nukleare Teilhabe mit dem „Aufhänger“ Tornado-Nachfolge. Das Kampfflugzeug Tornado muss zwischen 2030 bis 2035 außer Dienst gestellt werden, so weit sind sich alle

einig. Aber muss das Nachfolgemodell auch Atombomben tragen können? Der SPD geht es vor allem darum, dass hier keine überstürzten Entscheidungen getroffen werden (wie es die Verteidigungsministerin gerne möchte). Die Tornado-Nachfolge und damit die Nukleare Teilhabe muss extrem sorgfältig erörtert und debattiert werden.

Wir streiten im Moment sehr verkürzt um unterschiedliche Annahmen. Die einen sagen: Nur wenn Deutschland über ein Trägersystem für Atomwaffen verfüge, könne es im Rahmen der Nuklearen Planungsgruppe über die Nuklearstrategie der NATO mitbestimmen. Das kann man anzweifeln. Denn alle NATO-Staaten sind Mitglieder der Nuklearen Planungsgruppe. Auch „nur“ strategische Mitglieder entscheiden gleichberechtigt über die Nuklearstrategie des Bündnisses mit. Ergo: Deutschland bleibt auch dann Teil der Nuklearen Teilhabe, wenn es keine atomwaffenfähige Tornadonachfolge gibt.

Übrigens: Das Prinzip der Nuklearen Teilhabe wird im Moment viel mehr von den USA als von Deutschland in Frage gestellt. Denn die kleineren, auf U-Booten stationierten US-Sprengköpfe mit hoher Zielgenauigkeit unterliegen nicht dem NATO-Kommando.



# Die Grundrente kommt

Langjährige Beitragszahlungen müssen sich am Ende auch auszahlen.

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, der soll im Alter auch etwas davon haben. Mit der Grundrente sorgen wir dafür, dass sich langjährige Beitragsleistungen auch für Menschen mit geringen Gehältern spürbar auszahlen.

Die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung sind für viele Menschen im Alter die Haupteinkommensquelle, um ihr Leben zu finanzieren. Dafür haben sie jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge eingezahlt. Viele von ihnen haben darüber hinaus Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt. Und doch sind sie aufgrund von niedrigen Gehältern im Alter auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen.

Mit dem vorliegenden Entwurf für ein Grundrentengesetz garantieren wir, dass sich langjährige Beitragsleistung am Ende des Erwerbslebens auch auszahlt.

Die Grundrente erkennt die Lebensleistung langjährig Versicherter an. Anknüpfungspunkt sind deshalb die Versicherungsdauer und die erbrachte Beitragsvorleistung: Um den Zuschlag zu erhalten, muss man im Lebensverlauf mindestens 30 Prozent und maximal 80 Prozent des Durchschnittsgehalts verdient haben. Voraussetzung für den vollen Erhalt der Grundrente sind 35 Beitragsjahre, zwischen 33 und 35 Beitragsjahren erfolgt ein gestaffelter Zuschlag.

Wer mindestens 33 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war oder vergleichbare Zeiten in verpflichtenden Alterssicherungssystemen erworben hat, soll zudem einen Freibetrag beim Wohngeld, in der Grundsicherung und bei den fürsorgerischen Leistungen der Sozialen Entschädigung erhalten.

Der Gesetzentwurf zur Einführung einer Grundrente wurde nun in erster Lesung beraten. Dem Entwurf zufolge sollen rund 1,3 Millionen Menschen, einen spürbaren Zuschlag auf ihre Rente bekommen – ohne sie extra beantragen zu müssen. Vor allem Frauen und Menschen in Ostdeutschland werden davon profitieren.

Obwohl die Grundrente im Koalitionsvertrag steht, haben Teile der CDU/CSU-Fraktion bereits Widerstand angekündigt. Dagegen werden wir uns im weiteren parlamentarischen Verfahren mit allen Mitteln wehren.

Die Grundrente darf nicht durch weitreichende Bedürftigkeitsprüfungen zu einer weiteren Sozialleistung verkümmern. Es geht um Ansprüche, die man erworben hat und es geht um Respekt für geleistete Arbeit.

## Corona: Weiter Maßnahmen beschlossen

Mit einem Zweiten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite, schützen wir besonders gefährdete Menschen bestmöglich vor einer Corona-Infektion und schaffen Voraussetzungen für bessere Erkenntnisse über die Pandemie.

Wir stärken durch dieses Gesetz den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), ermöglichen mehr Tests in Pflegeheimen und erweitern die Meldepflichten. Besonders die Digitali-

sierung des ÖGD soll mit 50 Millionen Euro gefördert werden. Die Pandemie zeigt wie essentiell der ÖGD ist, weshalb die Förderung langfristig ausgelegt sein muss. Wir schaffen Verbesserungen für diejenigen, die in der Krise unersetzlich sind: Beschäftigte im Gesundheits-, Pflege und Assistenzbereich werden dank des Gesetzes zeitnah eine Corona-Prämie erhalten. Eine überfällige Anerkennung.

Gegen den Widerstand der Union haben wir zudem den finanziellen Ret-

tungsschirm für Leistungserbringer auf Medizinische Zentren für Erwachsene mit Behinderung und Sozialpädiatrische Zentren ausgedehnt. Für andere Einrichtungen wie zum Beispiel die Psychiatrischen Institutsambulanz fehlen solche Hilfen noch.

Es ist traurig, dass die Union die Unterstützung dieser Einrichtungen verweigert. Es darf nicht passieren, dass die Krise diejenigen härter die trifft, die es bereits jetzt besonders schwer haben.